

SPD-Fraktion im Bezirkstag Mittelfranken  
Gisela Niclas, Vorsitzende

## **Haushaltsrede zur Sitzung des Bezirkstages am 20.12.2018**

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

**Haushalte sind Mittel zum Zweck.** Der Zweck wird durch die Aufgaben der Bezirke vorgegeben: Der Bezirk hat als überregionale Ebene dienende Funktion gegenüber den Menschen, die der Förderung und des Schutzes der Gemeinschaft bedürfen und gegenüber den Städten, Gemeinden und Landkreisen, in denen sie leben. Das, was die Menschen brauchen für ein Leben in Würde, muss über den Haushalt finanziert werden. **Der Bezirk leistet mit der Eingliederungshilfe einen wichtigen Beitrag zur Inklusion.**

Im Mittelpunkt der nächsten 5 Jahre müssen wir mit der Umsetzung der personenzentrierten Hilfe einen ganz neuen Weg in der gehen. Wir können stolz darauf sein, dass wir dabei als erster Bezirk in Bayern mit dem mittelfränkischen Behindertenrat die Menschen, um die es geht, als Expert\*innen in eigener Sache an unserer Seite haben. Lassen sie uns gemeinsam die Chance nutzen und voneinander lernen, wie Teilhabe am besten gelingen kann.

**Die Rahmendaten für den Haushalt 2019 sind positiv.** Mit 970 000 Millionen €, also fast einer Milliarde, hat er das größte Volumen aller Zeiten, keine Deckungslücke im Entwurf, keine Umlageerhöhung, die Finanzierung der Investitionen ist gesichert. Der durch Fallzahlsteigerungen, wachsenden Bedarf in der Schulbegleitung, beim Behindertenfahrdienst und den neuen Aufgaben benötigte finanzielle Mehrbedarf kann mit den Mehreinnahmen aufgrund der erneuten Steigerung der Umlagekraft gedeckt werden. Ich nenne hier die Hilfe zur Pflege, den zügigen Ausbau des Krisendienstes auf der Grundlage des neuen PsychKHG und die Erarbeitung eines gerontopsychiatrischen Gesamtkonzepts.

Ich verweise aber auch auf unser Leuchtturmprojekt Triesdorf und die nachhaltige Arbeit des Landschaftspflegeverbandes, wo wertvolle Arbeit geleistet wird für den Umwelt- und Klimaschutz.

562 Millionen Euro bringen die Kommunen in den Bezirkshaushalt 2019 ein. Das ist weit mehr als die Hälfte des Haushaltsvolumens. In 2019 kommen aus den Stadthaushalten rund 313 Millionen, aus den Landkreisen 249 Millionen. Betrug die Differenz in 2018 noch rund 48 Millionen, sind es in 2019 bereits rund 63 Millionen. Der Anteil der kreisfreien Städte ist höher, und er steigt stärker als der Anteil der Landkreise.

Neben der Erstattung sozialer Leistungen durch Bund, Land und andere Leistungsträger in Höhe von 193 Millionen trägt der Freistaat Bayern über den Finanzausgleich nur 153 Millionen zum Haushalt bei. An diesen Zahlen wird deutlich, dass von einem angemessenen Finanzausgleich zwischen Land, Bezirken, Städten und Landkreisen noch immer keine Rede sein kann. Statt weiter auf Kosten der Kommunen den Staatshaushalt zu entschulden, müsste die bayerische Staatsregierung endlich einmal den Finanzausgleich im Interesse der Bezirke fair und nachhaltig reformieren. Leider aber kommen auf den über 60 Seiten Koalitionsvertrag von CSU/FW die Bezirke überhaupt nicht vor, nicht einmal als Begriff, geschweige denn mit ihren Aufgaben und

deren Finanzierung. Das Koalitionspapier liest sich so, als ob es die Bezirke überhaupt nicht gäbe.

Nach diesem kurzen Blick in die schwarz-orange Welt der Staatsregierung nun zurück zum Haushalt 2019! Bei der **Bezirksumlage** spricht sich die SPD für Verstetigung aus. Mit Blick auf den laufenden Haushalt 2018 wird jetzt schon deutlich, dass die Erhöhung um 0,7 Punkte für 2018 nicht nötig gewesen wäre. Wir werden daher eine eventuelle Senkung um 0,2 mittragen. Wir begrüßen an dieser Stelle, dass der neue Bezirkstagspräsident den finanzpolitischen Dialog mit den Umlagezahlern nicht nur fortsetzt, sondern auch eine kollegiale und auf Augenhöhe bedachte Atmosphäre schafft.

Die Finanzierung von Investitionen über Kredite halten wir auch weiterhin für finanzpolitisch vernünftig. Selbst mit höheren umlagewirksamen Zinsen und Tilgungen lässt sich so die Bezirksumlage leichter auf stetigem Niveau halten. Die Verschuldung sehen wir differenziert, denn den Verbindlichkeiten stehen die Liegenschaftswerte gegenüber – ich verweise aus Zeitgründen auf die TOP-10 Liste der Kämmerei mit der Aufzählung unseres beeindruckenden Sanierungs- und Neubauprogramms. Zudem ist festzustellen, dass durch nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen in den letzten beiden Jahren bereits de facto Entschuldungen stattgefunden haben.

Die **Personalausgaben** steigen erneut um knapp 6 Mio. € bzw. um 5,4 %. Damit verbunden ist eine Stellenmehrung im hohen zweistelligen Bereich. Das Sozialreferat braucht für die Aufgabenmehrung die erforderliche Personalausstattung. Deswegen wird die SPD der Stellenmehrung zustimmen. Wir gehen jedoch davon aus, dass es, wie in den letzten Jahren auch, immer schwieriger wird, diese Stellen auch zu besetzen. Wir begrüßen, dass der Bezirk verstärkte Anstrengungen in der Ausbildung unternimmt. Aber auch diese Stellen müssen mit Nachwuchskräften besetzt und diese nach Beendigung der Ausbildung beim Bezirk gehalten werden.

Zur Verbesserung von Personalmanagement und Arbeitsabläufen haben wir vor 2 Jahren ein externes Organisationsgutachten mit Schwerpunkt im Sozialreferat auf den Weg gebracht. Wir erwarten, dass die Ergebnisse zügig weiter umgesetzt werden. Nach der Konstituierung des Bezirkstages muss der aktuelle Sachstand umgehend wieder auf die Tagesordnung. Außerdem muss der Personalrat die Möglichkeit erhalten, sich an der Beratung im politischen Gremium zu beteiligen.

Die Ergebnisse des Organisationsgutachtens liegen nun schon längere Zeit vor. Es gibt Handlungsempfehlungen für die Verbesserung von Arbeitsabläufen, die Reduzierung von Verwaltungsaufwand und flachere Hierarchien. Der Flurfunk im Bezirksrathaus lässt hier und da verlauten, das Gutachten sei bereits wieder Makulatur und nicht mehr relevant, weil es das neue BTHG und die Aufgabenerweiterung bei der Hilfe zur Pflege nicht einbezogen habe. Wieso, fragt man sich verwundert, sollen Handlungsempfehlungen wie z.B. „die in den Arbeitsbereichen des Sozialreferates geführten Statistiken sind untereinander abzugleichen, um Doppelarbeit zu vermeiden“ dem neuen BTHG widersprechen? Sollte es diese „Flurfunkansichten“ in der verwaltungsinternen Umsetzungsarbeit tatsächlich geben, erwartet die SPD-Fraktion, dass die Führungskräfte diesen entschieden entgegenreten – auch im Interesse der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in die Erarbeitung des Gutachtens gerne und konstruktiv eingebracht haben.

Die **Bezirkskliniken** brauchen auch in 2019 Jahr keinen Defizitausgleich aus dem Bezirkshaushalt. Dafür danken wir ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne deren Arbeit das nicht möglich wäre. Unsere Bezirkskliniken müssen wirtschaftlich geführt werden, dennoch sind sie in allererster Linie Krankenhäuser, die der Genesung von Menschen dienen. In der Neustrukturierung der Führungsebene muss dies nach einer möglichst kurzen Übergangszeit zum Ausdruck kommen. Wir begrüßen, dass statt teurer Beratungsunternehmen nun auf Vorschläge aus den Klinken und auf vorhandene Kompetenz gesetzt werden soll. Wir begrüßen außerdem, dass der noch im Juli 2018 abgelehnte SPD-Antrag zur Wiedereingliederung der Service GmbH umgesetzt werden soll. Die SPD unterstützt diesen Weg und die notwendig werdenden Satzungsänderungen im Interesse von mehr Transparenz und Kooperation.

Anrede,

unsere Haushaltsanträge orientieren sich auch für 2019 an unseren bisherigen Schwerpunkten:

Für den **Ausbau der psychosozialen ambulanten Hilfen** fordern wir erneut eine deutliche Aufstockung von 600.000 €, 10 % sollen verwendet werden für Aufgaben, die am Runden Sucht bearbeitet werden.

Mit der Übertragung der gesamten Zuständigkeit für die Hilfe zur Pflege sind die Bezirke vom Landtag zur Zusammenarbeit mit den Städten und Landkreisen bei deren Umsetzung und der Sozialplanung in der Altenhilfe verpflichtet worden. Für uns als SPD gehört dazu die möglichst flächendeckende Einführung von **Pflegestützpunkten**. Wir wollen, dass die bereits bestehenden Kooperationen gesichert und neue mit interessierten Städten und Landkreisen verbindlich errichtet werden. Wir können uns vorstellen, dass dazu nötige Mittel aus dem laufenden Sozialhaushalt finanziert werden können und in 2019 eine Mittelaufstockung nicht erforderlich ist.

Die **Kulturförderung** möchten wir mit ergänzen mit Zuschüssen für einige **Kinder- und Jugendtheater**. Das **Museums Solnhofen** soll für ein weiteres Jahr gefördert werden mit dem Ziel, ein Finanzierungskonzept zu entwickeln, an dem sich Stadt, Landkreis, Bezirk und das Land Bayern gemeinsam beteiligen.

**Mit unseren Anträgen wollen wir außerdem erneut ein Zeichen setzen gegen wachsenden Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus.**

Wir wollen den **Bezirksjugendring** wie bisher verlässlich fördern. Dazu gehört die Weiterentwicklung des **Integrationsprojektes „Mischen“** ebenso wie die Unterstützung der **„Schulen gegen Rassismus“**.

Der Bezirk Mittelfranken arbeitet seit Jahren erfolgreich daran, jüdisches Leben vor dem Holocaust in Mittelfranken zu dokumentieren. Wir begrüßen die **neue Finanzvereinbarung für das Jüdische Museum** in Franken. Gegen den wieder aufkommenden Antisemitismus und als Bekenntnis für religiöse Vielfalt und Toleranz sollten wir ein Zeichen setzen mit dem **Aufbau der ehemaligen Synagoge von Allersheim im Fränkischen Freilandmuseum**. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, aber parallel zum Planungsbeschluss könnte weit im Vorfeld mit Öffentlichkeitsarbeit des Museums und einer Spendenkampagne aktiv im Sinne unserer Zielsetzung gearbeitet werden.

Wir begrüßen die Planung des Kulturreferates, die **Geschichte der Euthanasie in Mittelfranken aufzuarbeiten**. Wir wollen aber auch zusammen mit den Bezirkskliniken, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Stadt Erlangen **das Forschungsprojekt des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin** unterstützen mit dem Ziel, in Erlangen einen **authentischen Gedenk- und Lernort** schaffen. All die seelisch Kranken und die Menschen mit Behinderung, die bis 1945 von gnadenlosen Medizinern und ihren Handlangern zu Tausenden ermordet wurden, dürfen nicht vergessen werden. Die Erinnerung an sie muss mit aktuellen Themen und Problemstellungen der Medizinethik verknüpft werden. Wir sollten als Bezirkstag erneut dafür werben, dass der noch vorhandene Gebäudeteil der ehemaligen psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalt stehen bleiben kann. Noch sind Alternativen zum Totalabriss der „Hupfla“ politisch möglich.

Anrede,

Ich hoffe sehr, wir werden beim Haushaltsbeschluss zu einer breiten Mehrheit für gemeinsame Sachpolitik kommen. Die SPD-Fraktion ist bereit, ihren Teil dazu bei zu tragen. .

Lassen sie mich zum 70. Jahrestag der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen schließen mit dem Artikel 1:

**„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“**

Diesen Geist wünsche mir für die Zusammenarbeit der nächsten 5 Jahre. In diesem Sinn danke ich allen Mitarbeiter\*innen in der Bezirksverwaltung, in den Kliniken und in den vielen bezirkseigenen Einrichtungen, in den Einrichtungen und sozialen Diensten in ganz Mittelfranken, im Haupt- und im Ehrenamt für ihre Arbeit.

Stellvertretend nenne ich namentlich Frau Verwaltungsdirektorin Epe-Sturm, Herrn Kämmerer Weispenning, Frau Personalratsvorsitzende Graf und Frau Angelika Feisthammel, die Vorsitzende unseres neuen mittelfränkischen Behindertenrates. In meinen Dank schließe ich auch das Team an der Spitze des Bezirkstages und sie, die Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages, gerne mit ein.

**Ich wünsche ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches und friedliches neues Jahr.**